

Mitteilung

für die Bezirksvertretung Mitte am 09.06.2022

Thema:

Planung einer Diamorphin-Praxis im ehemaligen Postgebäude in der Nahariyastraße durch Dr. Christian Plattner

Mitteilung:

Der Anbieter Medikus Gruppe, Inhaber Dr. Christian Plattner aus Düsseldorf, plant in Bielefeld die Schaffung einer Diamorphin-Praxis im ehemaligen Postgebäude in der Nahariyastraße mit ca. 200 Plätzen. Von Medikus wird ein Startpunkt ca. Mitte 2023 angestrebt. Die Praxis hätte jeden Tag geöffnet, die Klient*innen würden z.T. bis zu dreimal am Tag eine Dosis Diamorphin erhalten (zur Selbstverabreichung unter medizinischer Aufsicht).

Diamorphin ist künstliches Heroin mit einem Reinheitsgehalt nahe 100%. Auf der Straße bekommen die Drogenabhängigen in der Regel Heroin mit einem Reinheitsgehalt von ca. 15%, der Stoff ist mit anderen Zutaten gemischt und birgt erhebliche gesundheitliche Risiken. Diamorphin kann seit 2010 in Deutschland verschrieben werden. Fachlich gesehen ist mittlerweile von den meisten Expert*innen anerkannt, dass die Diamorphinabgabe in bestimmten Fällen eine medizinisch geeignete Form der Behandlung ist.

Nach § 5a der Betäubungsmittelverschreibungsverordnung (BtMVV) darf Diamorphin nur an Schwerstabhängige vergeben werden, die weitere Voraussetzungen erfüllen müssen (mind. 23 Jahre alt, mehrfacher Abbruch eines Entzuges, mehrjähriger Drogengebrauch). Die Schaffung einer solchen Einrichtung ist nach der Verordnung erlaubnispflichtig, in NRW durch die Bezirksregierung. Die Erlaubnis ist an (relativ wenige) Voraussetzungen geknüpft, u.a. an die Einbindung der Einrichtung ins örtliche Suchthilfesystem.

Medikus betreibt mittlerweile 4 Praxen in NRW und plant laut Website – neben Bielefeld – weitere Praxen in Dortmund, Essen, Köln und Aachen. Anders als der Drogenkonsumraum der Drogenberatung e.V. wäre das Praxisangebot nicht auf Bielefelder Bürger*innen beschränkt, so dass damit zu rechnen wäre, dass zahlreiche Menschen aus anderen Kommunen das Angebot wahrnehmen würden. Bielefeld allein würde gar nicht genügend Klientel für die geplante Praxis aufweisen. Dieser Zugang an Auswärtigen kann zu zusätzlichen Belastungen im Umfeld des Hauptbahnhofs führen. Die Praxis soll laut Betreiber zwar eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen und auch soziale bzw. freizeitorientierte Angebote umfassen, trotzdem kann bzw. wird der Zuwachs an Klient*innen im unmittelbaren Stadtbild rund um den Hauptbahnhof sichtbar werden.

Das Dezernat für Soziales und Integration ist im Kontakt mit der zuständigen Erlaubnisbehörde Bezirksregierung und wird die politischen Gremien weiter informieren.

Ingo Nürnberger
Erster Beigeordneter